

Empfehlung der Simulation Europäisches Parlament an die Kommission, den Rat, den Europäischen Rat und die Mitgliedstaaten

zur Zukunft der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Die Abgeordneten der Simulation Europäisches Parlament,

- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 24./25. März 2011,
 - unter Hinweis auf die Erklärung der Staats- und Regierungschefs des Eurowährungsgebietes und der EU-Organen vom 21. Juli 2011,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 23. Oktober 2011,
 - unter Hinweis auf den Bericht über die fünfte Bewertungsmission von Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds in Griechenland,
 - gestützt auf Artikel 22 der Geschäftsordnung,
 - auf Grundlage des Berichts des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON) an das Plenum der Simulation Europäisches Parlament vom 21. November 2011,
 - in Kenntnis der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für konstitutionelle Fragen (AFCO) vom 21. November 2011,
- A. in der Erwägung, dass sich die Mechanismen des Stabilitäts- und Wachstumspakts in der aktuellen Krise als unzureichend erwiesen haben;
- B. in der Erwägung, dass die Europäische Finanzstabilitätsfazilität (EFSF), die Europäische Kommission und der Internationale Währungsfonds (IWF) ein Paket von 750 Mrd. Euro zur Unterstützung der von der Krise betroffenen Staaten bereithalten;
- C. in der Erwägung, dass die Europäische Zentralbank (EZB) die Stabilisierungsmaßnahmen bisher durch den Ankauf von unter Druck geratenen Staatsanleihen im Wert von über 160 Mrd. Euro gestützt hat;
- D. in der Erwägung, dass die sogenannte Troika die Auszahlung weiterer Hilfen aus dem zweiten Rettungspaket an Griechenland befürwortet;

Überwindung der Krise auf nationaler Ebene

1. erkennen die bisherigen Anstrengungen zur Konsolidierung der Staatshaushalte, die von der griechischen und anderen von der Krise betroffenen Regierungen ergriffen wurden, als eine große Leistung an;
2. weisen jedoch auf das Beispiel Italien hin, das zeigt, dass ohne eine sofortige Umsetzung weiterer Sparmaßnahmen und ohne eine Erhöhung der Einnahmen die Märkte das Vertrauen in die Regierungen aller Mitgliedstaaten verlieren und eine Verschärfung der Staatsschuldenkrise sowie ein Flächenbrand in der Eurozone drohen;
3. begrüßen das Europäische Semester als erstes sinnvolles Instrument zur Überwachung der nationalen Haushaltspolitiken, fordern aber die Beteiligung des Europäischen Parlaments;
4. fordern die Einrichtung einer vom Europäischen Parlament berufenen Sparkommission, die über Eingriffsrechte in die Haushaltspolitik aller Mitgliedstaaten verfügt, die Gelder von der EFSF erhalten. Die Sparkommission ist dem Europäischen Parlament Rechenschaft schuldig und legt diesem jedes Quartal einen Rechenschaftsbericht vor;



Überwindung der Krise auf europäischer Ebene

5. sind zu der Auffassung gekommen, dass sich alle bisher auf europäischer Ebene zur Überwindung der Krise ergriffenen Maßnahmen als wirkungslos erwiesen haben;
6. unterstreichen die wirtschaftliche Bedeutung der Wirtschafts- und Währungsunion für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union und fordern notwendige und tragbare Maßnahmen gegenseitiger Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu ergreifen, um die gemeinsame Währung zu stützen, dabei warnen wir vor einer unkontrollierten Transferunion;
7. fordern die Europäische Zentralbank auf, ihre Stützungskäufe von Staatsanleihen notleidender Mitgliedstaaten der Eurozone sukzessive herunterzufahren. Sie soll zusammen mit der EFSF garantieren, dass alle Mitgliedstaaten der Eurozone neue Kredite zu annehmbaren Zinssätzen aufnehmen können. Dies soll beispielsweise durch die Einführung von Euro-Bonds erreicht werden;
8. betrachten einen Schuldenschnitt als einzigen Ausweg aus der Staatsschuldenkrise und fordern dessen sofortige Durchführung für Griechenland;
9. weisen jedoch darauf hin, dass kein Mitgliedstaat aus der Eurozone ausgeschlossen werden darf;
10. sehen zur Überwindung der Krise auf europäischer Ebene die Regulierung der Finanzmärkte als unvermeidlich an. Dazu gehören insbesondere die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer und das Verbot von Leerverkäufen;

Schaffung einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Währungsunion

11. fordern den Präsidenten des Europäischen Rates auf, im Europäischen Rat daraufhin zu wirken, die Verträge so zu ändern, dass Mitgliedstaaten der Eurozone eine stabilitätsorientierte Wirtschafts- und Währungsunion schaffen können;
12. sehen folgende Elemente als wichtigste Bestandteile einer stabilitätsorientierten Wirtschafts- und Währungsunion an:
 - a. Das Europäische Parlament beschließt einen einheitlichen Sanktionskatalog. Auf dieser Grundlage werden Sanktionen gegen sündige Mitgliedstaaten von der Europäischen Kommission beschlossen. Der Rat kann diese einstimmig zurücknehmen,
 - b. es wird ein europäisches Insolvenzrecht für die Mitgliedstaaten der EU geschaffen
 - c. es wird eine unabhängige europäische Ratingagentur eingerichtet;
13. werden dem Rat einen entsprechenden Entwurf zur Änderung der Verträge vorlegen;
14. beauftragen ihren Präsidenten, diese Empfehlung der Kommission, dem Rat, dem Europäischen Rat und den nationalen Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten der EU zu übermitteln.